

Correspondenz

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 23. September 1905.

Nr. 111.

Ansätze zum Zünftertume.

Gelegentlich einer Generalstreikdiskussion, die in einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis stattfand, äußerte ein „ökonomischer“ Redakteur des „Vorwärts“ (Genosse Heinrich Ströbel), die Befürchtung, die deutsche Gewerkschaftsbewegung könne im Zünftertage verpumpfen. Als Beispiel wies er auf die englische Gewerkschaftsbewegung hin. „Auch in deutschen Gewerkschaften“, so äußerte sich Ströbel nach dem Versammlungsberichte des „Vorwärts“, „sehen wir schon Ansätze zum Zünftertume, so das Bestreben, die Zahl der Lehrlinge einzuschränken.“ Man trifft wohl nicht daneben, wenn man annimmt, Ströbel habe wieder sein altes Stedenpferd bestiegen, um gegen die „zünftlerisch verpumpten“ Buchdrucker anzureiten. Als er von Kiel nach Berlin überfahelte, um in die „Vorwärts“-Redaktion einzutreten, hatte er nichts eiligeres zu tun, als den Berliner Parteigenossen zu zeigen, was für schlechte Kerle die Buchdrucker seien. Das geschah in Versammlungen des vierten und sechsten Berliner Reichstagswahlkreises. Er war damals jedenfalls noch verknüpft darüber, daß unsere Kieler Kollegen nicht dulden wollten, daß an der Notationsmaschine ein Schlosser den Maschinenmeister abgeben sollte. Das war sicher auch ein Stück Zünftertum.

Als die Lehrlingsfrage im Tarife, die dazu beiträgt, daß einigermassen stabile Verhältnisse im Gewerbe bestehen, hat es diesmal Ströbel angetan. Dann wäre es nach seiner Ansicht jedenfalls besser, wenn die Buchdruckerlehrlinge in unbeschränkter Zahl aus- und einwärtigen würden. Ob dieselben nach Beendigung ihrer Lehrzeit in andere Betriebe zu arbeiten, oder ob sie das Heer der Arbeitslosen vermehren und dadurch gleichzeitig die Löhne drücken würden, das berührt die „Ökonomie“ des Herrn Ströbel in keiner Weise. Wahrscheinlich hofft er auf diese Art die Verwendungslehre zu stützen. So lange wir im Gegenwartsstaate leben, sind wir eben genötigt, mit allen verfügbaren Mitteln dafür einzutreten, daß die Lebenshaltung unserer Kollegen eine möglichst auskömmliche ist, und es ist wahrlich nicht das schlechteste Mittel, durch Fernhaltung überflüssiger Kräfte die Angehörigen eines Berufes vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Noch leben wir nicht im Zukunftsstaate. Wir müssen ebenso mit den gegenwärtigen Verhältnissen rechnen wie der Leiter der Berliner Parteibücherei, der dem Arbeiterausschusse bei einer Gelegenheit erklärte: „Meine Herren, unser Betrieb ist ein Unternehmen wie jeder andre bürgerliche Betrieb, wir müssen mit der Konkurrenz rechnen.“

Es ist eigentümlich, wenn eine Sache von Bedeutung, wie es jetzt die Diskussion über den Generalstreik geworden ist, die Öffentlichkeit beschäftigt, so finden sich noch immer Leute, die an den Buchdruckern und ihrem Verbände den Schnabel wegen müssen. Anders geht es schon gar nicht mehr. Wenn diese Leute glauben, auf solche Art Mitglieder für die sozialdemokratischen Parteiorganisationen zu erwerben, so erreichen sie durch ihr Gebaren nur das Gegenteil. Gewiß gibt es in unseren Reihen politisch indifferentere, aber in welchem Verzuge ist das nicht der Fall? Man kann auch sagen, prozentual seien die Buchdrucker am geringsten politisch organisiert — was bisher aber nicht erwiesen ist —, wer trägt daran die Schuld? Es sind nicht zum wenigsten jene Parteigenossen, in deren Augen die Buchdrucker dünnhäutig erscheinen. Aber wenn ist es denn angenehm, in den Zahlabenden der Wahlvereine, wie sie in Berlin üblich sind, immer wieder hören zu müssen: „Ach, die Buchdrucker! Mit denen ist ja nichts los, die haben ihre Kassen und Unterstützungseinrichtungen, aber sonst sind sie nicht zu gebrauchen.“ Solche Leute sind eben Verunftgründler unzugänglich. Sie reden nach, was vordem andere geplappert haben.

Berlin.

-1-

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Die Monatschau über den August könnte in zwei Artikeln erledigt sein, wenn nicht von dem Augenblicke an, wo des deutschen Generalpostmeisters profitgierige Hände als Schwedegespinnst an den Redaktionswänden des

„Corr.“ sichtbar wurden, auch der Gewerkschaftschonist nach Kräften das Seinige getan hätte, die fraglichen 7000 Mk. dem überschuldringenden Postfiskus vorzuenthalten. Diese quantitative Beschränkung ist nicht leicht geworden, denn das Jahr 1905 mit der Nachprobierprobe an der Ruhr, dem Gewerkschaftskongresse, unserer Generalversammlung und der wieder zum Sport gewordenen Beringschätzung der gewerkschaftlichen Arbeit stellte neben den durch die vielen wirtschaftlichen Kämpfe usw. bedingten größeren Raumaufwand noch besondere Ansprüche nach dieser Richtung. Sie wurden trotz der räumlichen Beschränkung der gewerkschaftlichen Monatsübersichten alle befriedigt, und zwar durch wechselweise Behandlung von Sachen und Gebieten, die einen Aufschub erleiden konnten. Diesmal z. B. werden die Vorgänge in den übrigen Organisationsgruppen, die Gestaltung der Tarifbewegung sowie das ausländische Gewerkschaftsleben in Verbindung mit den neuesten Ereignissen einer speziellen Nachbehandlung unterzogen. Zu kurz kommt also keine Seite und keine Frage des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens; dies zur Kenntnisnahme für die ständigen Leser dieser Monatskreise.

Wenn eigentlich auch von einer toten Zeit und einer Saison im Gewerkschaftsleben nicht geredet werden kann, weil unsre Pionierarbeit nicht einen Augenblick ruhen, unsre Bereitschaft nicht einen Moment in Frage stehen darf, so kommen doch Gelegenheiten, die bis zu einem gewissen Grade Ruhepunkte darstellen, dennoch auch im gewerkschaftlichen Leben vor. So selten und so unbedeutend diese Stationen zum Verzehrauen auch sind, jeder wirkliche und tätige Gewerkschaftler fühlt nach ihnen eine um so größere Verpflichtung zu intensiver Mitarbeit an dem großen gemeinsamen Werke. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo es mit neuem Mute in den alten, noch auf lange nicht ausgefochtenen Kampf hineingehet; nun wird es allgemein wieder lebendiger in dem großen Armeihaufen der Arbeiterbewegung. So manche neue Organisationsaktive, welche die Frucht der Frühjahr- oder der Sommerliche Kongresse darstellt, soll nunmehr ihre Probe aufs Exempel bestehen und neben den alten wird manche neue Waffe in das Feuer geführt werden. Wohl aber der Organisation, die trotz Anpreisung von glänzenden, in ihrer Neuheit förmlich bestechenden Kampfmitteln nicht die Anwendung des alten und doch immer besten verjährt: die Erziehung ihrer Mitglieder zu ganzen Gewerkschaftlern! Doch nicht allein die Arbeitererschaft rückt jetzt mit neuen Generalistabstufen aus, sondern auch die Kriegsräte der **Unternehmerkoalitionen** kommen mit neuen strategischen Plänen. In dieser Beziehung war die letzte Zeit reich an Ueberraschungen, nicht nur für die Arbeiter, sondern mehr noch für die Scharfmacher par excellence.

Man denke aber auch: Nachdem im vergangenen Jahre der Fall von Crimmitschau gezeigt hat, wie stark die Unternehmerschaft ist, wie bereitwillig die Regierung sich in den Dienst der Arbeitgeber stellt und wie ohnmächtig die beispiellose Opfermüdigkeit der deutschen Arbeiter dagegen gewesen, nachdem in Berlin zum zweitenmale eine große Aktion des Metallarbeiterverbandes keinen Erfolg brachte, nachdem dann der allgemeine Bergarbeiterstreik an der Ruhr die starke Ueberlegenheit der gut organisierten Kohlenindustriellen erwies, die Schufmacher in Weipensfeld unterlagen und die Metallarbeiter in Bayern mit einem blauen Auge davontamen, nachdem jüngst die sachlich-tüchtigsten Färbereibetriebe die Ablehnung der Organisationsvertretung von Arbeiterseite bei den Verhandlungen stolz dekretierten und ohne Umstände auch erreichten, da — in einem so glücklichen Stadium der Unternehmerrautokratie — kommt das Sprachrohr aller Sprachrohre des deutschen Unternehmertums, die viel genannte „Arbeitsbeilage“ und erklärt: Wir sind mit unserm Latein am Ende! Das ist, in großen Zügen hingeworfen, die Situation im Herbst 1905 auf dem ökonomischen Kampffeld.

Zu Rate der Industriegüter ist also eine ganz ernsthafte Krisis ausgebrochen. Seit Geseßklängen und Viktoriaschreien ein bedeutliches Schweigen und dumpfes Zukunftsbrennen. Und als dessen Ergebnis: Aufgabe des Herrenstandpunktes, Preisgabe der „Arbeitsbeilage“ — dafür: Verhandlungen mit den Gewerkschaften, Abschluß von „Waffenstillstandsverträgen“! Hätten wir das letzte halbe Duzend

Nummern der „Arbeitsbeilage“ nicht sorgfältig gelesen, wir würden den, der uns diese Mär aufbinden wollte, für einen kompletten Narren oder einen genialen Phantasten erklären. Sind doch noch in den letzten Wochen in verschiedenen Gegenden wieder Sturmgeschwallen aufgeflogen: in Schlesien, wo der Textilarbeiterorganisation ein großer Kampf aufgebracht wird; in den Unterverseerten, wo sämtliche Bauarbeiter ausgeperrt werden sollen wegen eines Lohnkampfes der Bautischler und der Austritt aus der Organisation durch Unterschreitung eines Reverses verlangt wird; in Köln und Umgebung, wo die Maler und Lustreicher aller gewerkschaftlichen Richtungen auf das Pflaster geworfen werden sollen, um die Löhne heruntersinken zu können usw. Auch der in Bütlich abgehaltene erste internationale Kongress von Bauunternehmern — mit dem Gesspote über die Vaterlandslosigkeit der Arbeiterbewegung ist es nun wohl aus? — deutete auch nur auf vermehrte Kriegslust hin. Aber es ist trotzdem so, wie schon gesagt, und an dem Wunder ist nicht zu zweifeln: die „Arbeitsbeilage“ empfiehlt das Verhandeln und Baktieren mit den tödlich gehäßigen „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften. Wenn die Reichs- und Genossen sich zu einem solchen völligen Frontwechsel entschließen, so kann es dafür nur einen einzigen Grund geben — sie müssen!

Hören wir nun — mit den nötigen Kommentaren — die Argumente der „Arbeitsbeilage“ für diese neue Taktik und schäden wir gleich voraus, daß die umfangreichen Ausführungen dieses Unternehmerzentralorgans auf den Grundton totaler Unzufriedenheit mit den von den Unternehmerorganisationen bislang über die Gewerkschaften errungenen Siegen gestimmt sind. Um zu zeigen, daß sie, die Unternehmerführer, trotz alledem die alten sein und bleiben wollen, wiederholt sie natürlich alle Augenblicke, daß die vorgeeschlagene Taktik nicht im geringsten in einem Gegensatz zu der früher vertretenen Anschauungen und gegebenen Direktiven stehe, daß sie auch nicht anderen Sinnes geworden sei „in Sachen der Beurteilung des gefährlichen Charakters der modernen Arbeiterbewegung“. Werden solche Versicherungen zu oft gegeben — und das tut die „Arbeitsbeilage“ —, so kann man den Umschwung in ziemlich weitem Maße als gegebene Tatsache ansehen. Das Verbrämen mit in Superlativen gegebenen Versicherungen verschleiert den Tatbestand nicht. Nachdem die Koalitionsfreiheit nun einmal zu Recht besteht“ (die Herren sollten getrost sagen: zu unsern größten Leidwesen) sei ein Systemwechsel im Interesse der nationalen Uiterzeugung und angeht die „immer verhängnisvoller sich gestaltenden Arbeitskämpfe“ zu empfehlen. Das Unternehmertum stehe jetzt sicher auf eignen Füßen, es bedürfe der staatlichen Beihilfe nicht mehr (der Staat hat seine Schuldigkeit getan, kann also bis auf weiteres abtreten mit dem iltlichen Mohrenbaule), es könne nun gefahrlos mit dem Gegner verhandelt werden, sobald ein solches Verhandeln förderlicher erscheine „als die unablässige Hervorkerbung des reinen Machtstandpunktes“. Es könne jetzt auch offen ausgesprochen werden, daß die Bekämpfung der Arbeiter nicht dadurch bewirkt werden kann, wenn die Regierungen ersucht werden, sich rückhaltlos auf die Seite der Unternehmer zu stellen. Das sind also gleich fünf wertvolle Eingeständnisse der Unternehmerfrage: 1. Die Koalitionsfreiheit ist und bleibt ein Uebel; 2. Die Unternehmer haben bei jeder Differenz unablässig den reinen Machtstandpunkt herausgeholt (was sie bisher stets den Gewerkschaften vorwarfen); 3. Die Zustände und Aussperrungen waren für die Unternehmer auch als Sieger verhängnisvoll; 4. der Staat ist den Unternehmern schuldlos gewesen (von Unparteilichkeit desselben mithin keine Rede); 5. die Unternehmerorganisationen haben bei Konsulten die Regierungen aufgefordert, sich rückhaltlos auf ihre Seite zu schlagen (was auch fast immer geschehen sein wird).

Ueber die freien Gewerkschaften haben die Unternehmergeneralführer zwar nur die eine Meinung, daß dieselben die Schrittmacher und Kerntuppen der Sozialdemokratie darstellen. Aber auch den „nichtsozialdemokratischen“ Gewerkschaften haben sie zuguterlegt die Fehde ansagen müssen, „weil sie mehr und mehr ins Fahrwasser der Unstützer gerieten und laut und öffentlich erklärten: Das Unternehmertum ist unser Feind!“ Die christlichen Gewerk-

schaften, die Hirsch-Dunderbergs Gewerkschaften — alles in den sozialdemokratischen Topf, das ist gut und bringt hoffentlich auf jeder Seite manchen zur Erkenntnis der Zwecklosigkeit solcher Bestrebungen. Jedoch auch die Unorganisierten zählen zu den Unstutzlichen, denn auch diese hätten den Unternehmern Ursehne angelegt. Die unorganisierten Arbeiter seien nämlich keineswegs als Feinde der Gewerkschaften anzupredigen, sie machen bei Streiks auch gemeinsame Sache mit den Verbänden, bloß bezahlen wollen sie nicht. „Geht es zur Reichstagswahl, die nichts kostet, dann sind alle Unorganisierten für die sozialdemokratischen Kandidaten zu haben.“ Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt nicht vor der Eventualität zurück, daß die Unorganisierten infolge dieser veränderten Haltung der Unternehmerorganisationen zu den Gewerkschaften sich nun in Masse den Berufsverbänden anschließen würden. Auch die Befehdungen der einzelnen Richtungen werden von ihr gar nicht hoffnungslos aufgenommen; der Ruhrbergarbeiterstreik habe bewiesen, wie schnell solcher Streik vergessen werden könne, wenn die Parole lautet: „Auf in den Kampf gegen das Unternehmertum!“ Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat in dieser Beziehung eine etwas zu gute Meinung von den übrigen Gewerkschaftsgruppen. Gewiß sind die Zeiten vorbei, wo sich dieselben durch die Bank als Sturmbock gegen die Gewerkschaften sowohl als auch gegen die Sozialdemokratie gebrauchen ließen, leider kommen aber bei den Christlichen (und nicht zuletzt bei diesen), den Hirsch-Dunderbergnern und auch bei den Klassenkampftriebenden Lokalfisten noch häufig genug vor. Doch abgesehen einmal davon, so ergibt sich, daß der große Bergarbeiterstreik an der Ruhr durch seine Einseitigkeit und Geschlossenheit den Unternehmerrategen als ein Klassenkampf imponierte und sie zum Nachdenken gezwungen hat. Die ebenso untunlichen wie anmaßenden Kritiker dieses Nierenstreiks haben also nochmals eine schlechte Note erhalten; der Arbeiterstreik aber ist damit gesagt worden, wie sie dem Unternehmertume Respekt einflößen und Zurückweichen aufräumen kann. Wollen das die „Christlichen“, die „Hirsche“, die „sozialrevolutionären“ Lokalfisten und die sonstigen Eigenbrötler nun sich endlich einmal hinter die Ohren schreiben?

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat sich aber noch aus anderen Gründen überzeugen lassen, daß ein Systemwechsel unbedingt geboten ist. Der bisher eingenommene Standpunkt, „nur mit den eignen Leuten zu verhandeln“, und „jede Einmischung von außenher“ schroff zurückzuweisen, habe sich überlebt, sei nur noch Wegschraupolitik. Denn welcher Art auch die zugelassene Vertretung der Arbeiterkraft sei, dieselbe handle doch immer nur nach den Weisungen der in Betracht kommenden Gewerkschaft. „Will man mit den Organisationen selbst nicht direkt verhandeln, so ist man gezwungen, mit ihren untergeordneten Organen zu verhandeln, die schließlich doch nichts anderes sind als Briefträger der Organisationen.“ Ob man nun mit dem Arbeiterausschuße einer Fabrik oder mit dem Gesellenausschuße einer Zunft verhandelt, niemals können diese Instanzen einen selbständigen Schritt tun und einen günstigen Pakt abschließen. Sie berichten lediglich über die mit ihnen gepflogenen Verhandlungen den Vorständen der Gewerkschaften und holen deren Weisungen ein, eventuell erteilt eine ad hoc einberufene Gewerkschaftsverammlung diese Weisung. . . . Somit bedeutet es auch für uns nichts als eine den Regeln der Klugheit entsprechende Anpassung an die nun einmal vorhandenen Verhältnisse, wenn wir der Organisation der Arbeiter diejenige Beachtung schenken, die sie aus rein taktischen Erwägungen heraus einleugbar verdient.“ Herr v. Neiswitz, der Chefredakteur der „Arbeitgeberzeitung“ und eigenlicher Protagonist dieser neuen Unternehmertaktik, ist ein viel zu gut beschlagener Mann, als daß ihm die Arbeitgeber eine irrige Auffassung in dem Beurteilen der allgemeinen Gewerkschaftspolitik zutrauen könnten. Er weiß es, wie weit Gott sei Dank die gewerkschaftliche Disziplin gebietet ist: daß eben auch nicht die untergeordnete Kommission eigenmächtig mit dem Unternehmer verhandeln darf und je nach dessen Gesicht über den Köffel bardiert werden kann. Er sagt deshalb sehr richtig, es wäre nur ein Spiel mit Worten, wenn die Unternehmer jetzt noch von einer prinzipiellen Nichtanerkennung der Gewerkschaften sprechen wollten. Wenn Neiswitz noch einen Eventualweg andeutet, den der Verhandlung mit einem Zentralarbeiterausschuße — einer aus den verschiedenen Betrieben einer von einem Konflikte ergriffenen Branche gebildeten Kommission, wie sie leztlich bei dem Meerane-Wandauer Färbereistreik bestand —, so ist das eine Konzeption an die mit seinem Reformprogramm nur halb Einverständlichen, von der er aber sofort sagt, daß es ein bedeutungsloses Entgegenkommen ist. Die drei von ihm aufgestellten Leitsätze belegen ja recht klar, was Sache ist, nämlich, daß ein Verhandeln mit dem einzelnen Arbeiter oder dem Arbeiterausschuße des eignen Betriebes nur noch in Ausnahmefällen möglich sei; solche Unternehmer aber könnten auch auf den Schutz der Organisation verzichten. Wer sich aber von den Arbeitgebern zur Wahrung der Unternehmerinteressen koalieren, müsse seiner Organisation das Recht einräumen, mit den Gewerkschaften der Arbeiter zu verhandeln, um zu „Waffenstillstandsverträgen“ zu gelangen.

Hoffentlich ist es, wie die „Arbeitgeberzeitung“ zwischen Waffenstillstandsvertrag und Tarifvertrag unterscheidet. Der letztere ist ihr ein Grauel, weil er eine unentgeltliche Bindung des Unternehmertums bedeute, weil

er den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterkraft nicht vermindern könne, die Häufigkeit der Arbeitskämpfe nicht verringere, weil es den Organisationsleitern nicht im geringsten um ein friedliches Einbernehmen mit den Unternehmern zu tun sei, weil solche Verträge wohl den Unternehmer binden, dem Arbeiter aber möglichst Aktionsfreiheit gewähren sollen; dann aber auch, weil es an der Verantwortlichkeitspflicht der Unterzeichner solcher Verträge von seiten der Gewerkschaften mangelte, weshalb bei der geringsten Verfehlung der Arbeitgeber gegen den Tarif gleich der Streik da wäre, indes die Arbeiter denselben nach Belieben anlegten. Mit nur anerkennenswerter Offenheit sagt also die „Arbeitgeberzeitung“, daß die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine für sie nur den Sinn hat, die Gewerkschaften von Gesetzes wegen schabenerzpflichtig für Zustände zu machen; sie ledztlich nach den englischen Trauben! Daß diese Auffassung über die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften in Unternehmertreibern sehr verbreitet ist, wissen wir nicht erst durch dieses Bekenntnis der „Arbeitgeberzeitung“; wir haben deshalb auch die Rechtsfähigkeitsfrage immer sehr kühl behandelt. Die Neiswitz und Genossen sehen aber nur die eine Seite der Medaille, oder glauben sie, daß die Moral mit doppeltem Boden in Deutschland bereits so heimisch geworden, daß die Aussperrungen der Unternehmer nach dem leidet schon zu sehr Grundfals gewordenen Sprichwort: „Ja, Bauer, das ist etwas anderes“, bewertet werden könnten?

Was alles die „Arbeitgeberzeitung“ gegen die Tarifverträge ins Feld führt, ist in keiner Weise stichhaltig, ja den Tatsachen meistens direkt widersprechend. Wir wollen und wir können das des Raumes wegen nicht ausführlich dartun, die Spagen peifen es ja schon von den Dächern, auf welcher Seite Tarifrische nichts seltenes sind. Wer trat denn in Essen die geltenden Verträge im Bergewerbe mit Prühen, daß selbst ein Oberbürgermeister sich in heiligem Zorne gegen solches Handeln wider Treu und Glauben wandte? Wer wurde im Münchener Klemperergewerbe vertragsbrüchig, um die Bauarbeiteraussperrung mit durchzuführen zu helfen? Das sind nur aus der letzten Zeit zwei Fälle, wo die Unternehmer eines ganzen Ortes den geschlossenen Vertrag beiseite stießen, und die ihnen günstige Zeit zur Bekämpfung der Arbeiter auszunutzen. Daß die Unternehmer auch andere Vereinbarungen nicht halten, zeigt sich gerade jetzt in Rheinland-Westfalen. Bei Beendigung des Brauereiboykotts verpflichteten sich die Unternehmer, vor allen anderen die verarbeiteten Zustände einzustellen; in Wirklichkeit jedoch werden dieselben systematisch von der Wiederbeschäftigung ausgeschlossen. Es ist auch nicht wahr, daß bei der geringsten Tarifverletzung durch den Unternehmer sofort gestreift wird, die „Arbeitgeberzeitung“ mag sich einmal bei den Schlichtungskommissionen erkundigen, wie wird immer über die Gebuld, mit der die flagrantesten Tarifverletzungen der Unternehmer, deren Zahl jeden Tag eine erschreckend große ist, von diesen Kommissionen oder den Gewerkschaftsanstalten behandelt werden. Daß den Gewerkschaften und namentlich deren Führern an einem friedlichen Einbernehmen nicht das Geringste, an jeder Gelegenheit zur Hervorkehrung ihrer Kampfesfreudigkeit aber alles gelegen, will die „Arbeitgeberzeitung“ gar mit der Generalversammlung unjers Verbandes bzw. mit dem von Berlin gestellten Antrage auf Kündigung des Tarifes beweisen. Dieser Antrag sei auf die Vereitelung des Tarifes gerichtet gewesen, die von unjrer Generalversammlung dann beschlossene Revision des Tarifes deklariert die „Arbeitgeberzeitung“ nur als eine Umschreibung des zurückgezogenen Berliner Antrages! Da tappt Herr v. Neiswitz aber doch sehr im dunkeln, solche Beweisführung gegen die Tarifverträge ist nur unklug aber nicht ernst anzufassen. Daß dieses Verfehlen gegen Tarifvereinbarungen einen recht komischen Anblick hat, geht wohl auch daraus hervor, daß die „Arbeitgeberzeitung“ sich allenfalls „zu gewissen Vereinbarungen allgemeiner Art“ verstehen will, die sich „auf die in einer bestimmten Gattung von Betrieben übliche Arbeitszeit, auf die Gewährung eines durchschnittlichen Einstellungslohnes, auf die Regelung der Bezahlungen für Überstunden, Nachtarbeit und anderes mehr zu beziehen haben.“ Die „Arbeitgeberzeitung“ scheint demnach völlig im unklaren darüber zu sein, daß von diesen „Vereinbarungen allgemeiner Art“ bis zu den Tarifverträgen ein kleiner Schritt ist. In ihrem Eifer, unter allen Umständen wenigstens hier das Prinzip zu retten, wirft sie die Tarifverträge in den Orkus und klammert sich gleich einem Ertrinkenden an den Begriff „Waffenstillstandsvertrag“. Der Kasus ist fürwahr zum Lachen.

Wir sind die letzten, welche den Männern der „Arbeitgeberzeitung“ eine erste Anerkennung der Gewerkschaften zutrauen oder sie als auf einmal von Friedensgeist erfüllt betrachten. Gewiß nicht! Die Neiswitz und Genossen versuchen nur auf eine andre Weise zu dem alten Ziele zu gelangen. Daß sie es auch so nicht erreichen, muß die fernere Sorge der Gewerkschaften sein. Daß aber die Unternehmer und deren Organisationen sich bei diesem taktischen Wande von ihrem obersten Grundsatz, dem Herrenstandpunkte, losgerissen müssen, daß ein so exprobrter Scharfmacher wie Neiswitz gezwungen wird, höchstselbst dem Schrifttumsdiktum des Totenglockens zu läuten, das ist — den von der „Arbeitgeberzeitung“ angeratenen Systemwechsel einmal nur als bloßen Vorschlag gewertet — ein großer Triumph der deutschen Gewerkschaften, ein herrliches Zeugnis für die Richtigkeit der von ihnen eingeschlagenen, trotz allerlei Anschuldigungen konsequent verfolgten und hoffentlich auch künftig

mit gleicher Zähigkeit festgehaltenen Taktik der allmählichen Zurückwerfung des Gegners unter möglicher Vermiedung unnötiger Opfer. Dieser Gewerkschaftspolitik die Wege gewiesen zu haben, ist auch ein nicht allzu geringes Verdienst unjrer Organisation. Nachdem der Staat vorangehen mußte mit der Anerkennung der Gewerkschaften — die Aufnahme derselben in das reichsstaatliche Jahrbuch ist der am nächsten zurückliegende Beweis dafür — werden auch die treuesten Stützen des Thrones, auf dem der Götz Kapitalismus sitzt, von der großen Welle der Gewerkschaftsbewegung dazu gedrängt, dem leuchtenden Wahrzeichen derselben die Reverenz zu bezeugen! Die Diskussion über den von der „Arbeitgeberzeitung“ auf Grund reichlicher Erwägungen empfohlenen Frontwechsel ist zwar erst im besten Fluße, aber die Polemiken der Scharfmacherblätter „Post“ und „Kreuzzeitung“, wie auch das wütende Anrennen des Ober-scharfmachers Bued in der „Deutschen Industriezeitung“ gegen die von Neiswitz angeratene Preisgabe des heiligsten Prinzips der Scharfmacherverbände vermag den Herrenstandpunkt nicht mehr zu retten. Bued, der mit der vor mehr als Jahresfrist gegründeten Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, mit der Streikversicherung und anderen Abwehrmitteln keinen Treffer gezogen, mag gewiß am schwersten von diesem Schlage getroffen sein. Er, der wie einst Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erhabenen Sinnes erklärte: „Ich werde nie dulden, daß sich zwischen mich und mein Volk ein Blatt Papier drängt!“ Die Gewerkschaften aber wissen, woran sie sind, wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung“ sagt, der Vorschlag der „Arbeitgeberzeitung“, noch mehr aber seine Begründung gebe den Gewerkschaften berechtigten Anlaß zum Triumphieren, denn dieses unumwundene Eingeständnis sei ein „glattes Fiasko der bisherigen Unternehmertaktik.“

Diese erreichte große Genugtuung, die eher unter- als überjährt werden kann, fällt aber in eine merkwürdige Zeit. Seit dem bewegten Tagen des Kölner Parteitag (1893) hat es noch nicht wieder so viele Angriffe auf die Gewerkschaften und deren Führer gegeben als in dem Zeitraum nach dem Kölner Gewerkschaftskongresse. In dem Augenblicke nämlich, wo die Dreihandler des Kapitalismus blutenden Herzens die Gewerkschaften als verhandlungsfähige Macht anerkennen, wo von ihnen eine neue, bessere Kampfeskunst zur Rettung des Kapitals ausgehoben wird, stellen sich die Radikalen mit dem vierfachen r an die Magermaner und heulen zum Gottserbarman über die Verkümpfung der Gewerkschaften, über den Krämers, Feinmengen und Bureaukratiegeist ihrer Beamten, das Schwindeln des Klassenbewußtseins und den Mangel an sozialistischem Geiste, das Zagen nach Augenblickserfolgen und die starke Vertretung von Augenblicksinteressen, über das vielerberne Bedürfnis nach Ruhe (das am schlagendsten dadurch zum Ausdruck kommt, daß eine Reihe von Verbänden in den letzten Wochen die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet hat!), die Neutralitätsbühne, die Nurgewerkschafterei, über den Gang zur Zunft, namentlich bei den Buchdruckern (auf den auch Richard Fischer auf dem Jenaer Parteitage zu sprechen kam, wiewohl er Tarifgemeinschaften als das selbstverständliche Ziel jeder Gewerkschaft bezeichnete), und andere böse Sachen mehr. In Nr. 89 haben wir an dieser Stelle eine reiche Blütenlese von solchen wohlmeinenden Ergüssen gegeben, inzwischen haben Kautsky, Ströbel, Fleißner, Otto Geithner in der „Neuen Zeit“ (der Heilstätte für alle, die an radikalem Herzbrüden leiden), sowie die „Peiziger Volkszeitung“, die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und andere Parteibätter die Gewerkschaften in sehr provozierender und herabsetzender Weise beurteilt, die zu langen Erwiderungen nötigen würde, wenn nicht bei der baldigst folgenden Behandlung des Jenaer Parteitages mancher Rechnung mit beglichen werden könnte. Selbst Leute, die bisher entschiedene Verteidiger der bisherigen Gewerkschaftspolitik waren, kommen jetzt ins Gedränge, wie z. B. v. Elm, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ sowie in einer Hamburger Versammlung empfahl, eine ständige Körper-schaft von den Gewerkschaften dem Parteivorstande mitberatend und mitbestimmend zur Seite zu stellen, damit immer Garantie für das nötige Einbernehmen der beiden Richtungen gegeben sei. Derselbe Elm ist aber ein energischer Verteidiger der Neutralität der Gewerkschaften! Welcher Art die Absichten der radikalen Politiker den Gewerkschaften gegenüber sind, sagt Kautsky in der „Neuen Zeit“ klar heraus: „Man lasse sich dabei nicht beirren durch den Ruf, daß die Partei nicht das Recht habe, in das innere Leben der Gewerkschaften einzugreifen.“ Es handelt sich hier nicht um die Aufgaben der Gewerkschaften, sondern um die Aufgaben der Parteigenossen in den Gewerkschaften. Nicht darum, ob die Gewerkschaften, sondern ob die Parteigenossen in den Gewerkschaften neutral sein sollen, ob sie nicht vielmehr die Pflicht haben, in den Gewerkschaften, wie überall, als Sozialdemokraten aufzutreten und sozialdemokratisches Denken zu verbreiten. Darüber zu urteilen ist der Parteitag kompetent, und sollte er auf diese Frage zu sprechen kommen, wird er es wohl an der nötigen Betonung dieser Verpflichtung für alle gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen nicht fehlen lassen.“ Das ist jedenfalls das höchste, was an Stimmungs-mache gegen die Gewerkschaftsführer und Durchsetzung der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik geboten wurde. Zu dieser liebevollen Behandlung kommen dann noch die Stinkbomben von Friedberg und seinen anarcho-sozialistischen Quertreibern (die in Hamburg abermals einen orga-

nizierten Streifbruch in ihr Schuldbonto eingetragen be-
tamen), welche Leute jedoch unsere Gewerkschaften nicht mehr
mit ihrem Pfaffenbruch beirren, wohl aber der Partei
auf der Nase herumtanzen können, indem sie durch Reso-
lutionen usw. erklären, von ihrer Beschimpfung der Partei,
ihrer Kriegserklärung gegen deren Grundzüge und Taktik
nichts zurücknehmen zu können, und daß sie auch ihre verwor-
rene Programmresolution (siehe Nr. 101) in vollem Umfange
aufrechterhalten werden. Im übrigen aber halten sie sich
als beste, einzige, prinzipienfesteste Parteigenossen vielmals
empfohlen — und weit sind die Arme geöffnet diesen braven,
ehrbaren Klassenkämpfern, deren Selbst so fleckenrein und
deren Geschrei über die Verpeuchung der harmonisierenden,
kapitalsergebenden Zentralverbände gerade jetzt einen so
guten Klang hat. Wie sagte doch lehrhaft der Vorwärts-
redakteur Bekker: „Man kommt sich wie im Freuden-
hause vor!“

(Fortsetzung folgt.)

Drucksacheneingänge.

(Fortsetzung und Schluß.)

Der Bezirksverein Meß feierte sein 25jähriges Jubiläum mit dem Johannistage. Aus Anlaß dieser Festlichkeiten sind nicht weniger als fünf Drucksachen hergestellt worden. Bei der Festordnung ist aber mit sechs Farben und einem geprägten Gutenbergsbild keine Wirkung erzielt worden. Einfassung (Morio) und Schrift (magere Sezessionsgrotesk) sind zu zart, auch hätten die silbernen Jahreszahlen 1880 und 1905 innerhalb der Umrahmung plaziert werden müssen. Auf den folgenden Seiten wirken die knallroten Blüten sehr schlecht (H. Ewen). Das in französischer Sprache vergestellte Programm (De Messin) ist in Silvanoornamenten und Lateinisch gesetzt und rotbraun und blau gedruckt. Auf der ersten Seite ist die obere Partie mit Silvanokopf zu schwer, auf der zweiten die Einfassung zappelig und der Text zu groß. Die Texte der Bieder, wiederum in Silvano gesetzt, sind in der Hofbringer Druckanstalt angefertigt. Die erste Seite ist mit teilweise ausgepartem, hellblauen Tone dunkelblau und rot gedruckt. Einseitige Schriftwahl existiert nicht. Bei der Festkarte (Göttinger Volksstimme) weiß man nicht, was das überlegte Band in Zinnober, Schwarz und Bronze bedeuten soll. Die in dem röstlichen Tone weiß ausgeparten Jahreszahlen sind kaum sichtbar. Auch für die Weinfarte hätte nur eine Schrift benutzt werden dürfen; der Kopf ist zu gedrängt, die Farben sehen verwachsen aus.

Man sollte meinen, daß aus einer Stadt wie München, deren Buchdrucker doch an der Quelle der Kunst sitzen, nur erstklassige Arbeiten zutage gefördert werden, dem ist aber leider nicht im vollen Maße entsprechend worden. Das Einladungszirkular, auf imitiert Büttenpapier gedruckt, hätte gewonnen, wenn mehr Raum zwischen Bignette und Text gelassen wäre. Auch ist die sonst gut nuancierte Bignette recht unsauber gedruckt. Bei der Mitgliedskarte weiß man nicht, was sie vorstellen soll, einer Faltschachtel ähnelt der Rahmenbau am meisten. Als originell ist sie jedenfalls nicht zu bezeichnen. Die drei Farben Schwarz, Violett und Orange auf orangefarbenem Karton sind auch nicht besonders abgestimmt (M. Ernst). Bei dem auf braunen Karton gedruckten Programme muß man zweimal hinsehen, ehe man die weißgrün gedruckte Empireeinfassung erkennen kann. Auch der in Braun gedruckte, sonst recht gut arrangierte Text, ist schwer lesbar. Andre Farbenwahl wäre hier sehr zu empfehlen gewesen (Alphons Bruckmann).

Das bei Gottfr. Pätz sauber gedruckte vierseitige Programm des Bezirksvereins Raumburg a. S. ist mit Empireeinfassung und Mainzer Fraktur ausgestattet. Wir hätten auf der ersten Seite oben die Stücke anders angeordnet, damit eine zusammenhängende Guitrlande erzielt würde. Das in Hellviolett untergedruckte Gutenbergsmedaillon führt und konnte ganz weggelassen werden.

Die aus einem Wettbewerbe prämiert hervorvegane Karte des Ortsvereins Döbenburg macht den Eindruck eines Banners, auf welchem das Buchdruckerwappen in Schwarz und Rot auf gelbem Grunde angebracht ist. Es erscheint aber zu groß, so daß der in Behrenschrift gehaltene Text nur wenig zur Geltung kommt. Den Druck sorgte Herr Stalling auf blaues Papier, zu obengenannten Farben kommt noch Gold.

Recht fein abgestimmt ist die Einladungskarte des Ortsvereins Posen. Die erste Seite, bei welcher der Papierrand mit in drei Farben gedruckten Ornamenten ausgefüllt ist, hätte sich noch vorteilhafter gemacht, wenn die zu beiden Seiten des Medaillons (aus Bogelzierat mit Gutenbergsbild) orange gedruckten Felder heller gedruckt oder ganz weggelassen wären. Der Text ist einheitlich in halbfetter Sezessionsgrotesk gesetzt und übersichtlich arrangiert (Weihnachts Buchdruckerei).

Die Festkarte des Bezirksvereins Osnabrück auf kaschiertem grünen Umschlagpapier, gedruckt bei Weinders & Estermann, macht in Schwarz, Gold und blauem Tone einen wenig anziehenden Eindruck. Die Hauptzeile ist zu winzig und außerdem noch in Gold bronziert, welches so wie auf dunklen Papieren nicht besonders wirkt. Der Linienbau erdrückt den Text vollständig. Das mit sechs Farben überladene, unsauber gedruckte Programm ist auch mit Ornamenten zu vollgepropft. Bei anderem Arrangement hätte sich auch eine bessere Raumverteilung zu beiden Seiten der Bignette (Osnabrück darstellend) ermöglichen lassen. Die Innenseiten sind zweifarbig gedruckt, der Text einheitlich in Waldwirthschaft gesetzt (Willy, Fröhlich Söhne).

Wir können nicht begreifen, warum das Format der Klappkarte der Mitgliedschaft Firmasens so außerge-

wöhnlich lang gewählt ist, etwas Originelles können wir daran nicht finden. Die Anbringung des Panoramas ist überflüssig, da das Fest ein lokales war. Das blau gedruckte Buchdruckerwappen war auch wegzulassen und an diese Stelle der Titel des Vereins zu setzen. Die Farben (Orange und Grün) stehen gut zueinander (Wolff Teil).

Das bei Moritz Wieprecht sauber gedruckte Programm des Buchdruckervereins Plauen und Umgegend ist in Form eines Kuvertes, dessen Klappe auf der Vorderseite von einer roten Stempelmarke mit Buchdruckerwappen gehalten wird, ausgeführt. Wir hätten für das röstliche rauhe Papier gestumpftes Braun und Blau empfohlen. Die auf der vierten Seite angebrachte Gutenbergschilderung ist uns gar nicht. Für den Beitrag des Ortsvereins Plauen: „Erfindung der Buchdruckerkunst und zehn Gebote“, wäre das erste Gebot zu bezeichnen gewesen. Das überlegte Band in den Buchdruckerfarben mit aufrecht stehendem Rhomboid und Buchdruckerwappen verdirbt alles (Fr. Schütt, Oelsfeld i. B.).

Die Kollegen Oberchwabens, welche ihr Fest in Ravensburg abgehalten haben, sandten ein bei Heinrich Kraus-Weingarten auf Kunstdruckarten gedrucktes Programm ein. Die erste Seite, in den fünf Buchdruckerfarben und einem blaugrauen Tone gedruckt, ist vollständig mißglückt. Die Gutenbergschilde in oben rechts paßt durchaus nicht dahin, auch wirken die regenwurmartigen Ornamente zu beiden Seiten recht unruhig. Die inneren Seiten, mit vierfarbigem Streifenmuster und Gold und Schwarz dekoriert, erinnern an vergangene Zeiten und waren damals vielleicht schön zu nennen.

Einen unruhigen Eindruck macht das Programm der Typographia Regensburg (bei Heinrich Schiele gedruckt). Die grüne Babyfrotteinfassung und der schwarzviolett und dunkelrot gedruckte Text auf rosagefärbtem Papiere lassen auf keinen feinen Geschmack schließen. Bei den Innenseiten sind die Kopfleisten und Trennungslinien zu schwer. Wir müssen auch hier wieder auf Darmstadt verweisen, wo mit demselben Materiale ganz Vorzügliches erreicht wurde.

Das in Neumannscheindruck gesetzte vierseitige Programm des Ortsvereins Kendsburg wirkt in den scheinbar nuancierten Farben zu mäßig. Die Hauptzeile müßte überdies etwas höher stehen und wäre bei dieser schweren Umrahmung etwas mehr Text angebracht gewesen. Die grüne Tonplatte ist zu groß geschnitten oder breit gequetscht. Bei der Innenseite fallen die vielen Zeilenfüller unange-
nehm auf (H. Müller, H. Gütlein Nachf.).

Die von Rumburg in Böhmen eingekandten, bei Heinrich Pfeiffer hergestellten Drucksachen, wirken in ihrer Einfachheit ganz vornehm. Es sei aber auch hier bemerkt, daß sich reine Tonfarben für leichte Einfassungen nicht besonders eignen. Die zweite Seite der Einladung sieht mit den vielen Linienverwicklungen unruhig aus, einfache glatte Linien mit runden Ecken hätten sich besser gemacht. Bei dem Zirkulare wäre dasselbe zu empfehlen gewesen. Als beste Leistung ist das vom Ortsvereine Jittau gewidmete, bei Haupt & Schwager gedruckte Tafelbild zu bezeichnen. In Farbgebung (Dunkelviolett, Rot und Grün) sowie Saparrangement ist es eine schöne Leistung.

Für das in der Saardruckerei in St. Johann auf Naturkarton sauber gedruckte Programm des Ortsvereins Saarbrücken-St. Johann sind keine Reformornamente mit untergelegtem Ton als Einfassung und moderner Gottsch als Text angeordnet worden. Die Farben sind gut nuanciert, nur hätte der Ton kräftiger gedruckt werden müssen. Auf den Innenseiten ist das Buchdruckerwappen und auf der Rückseite das fünffarbige Buchdruckerband überflüssig.

Der Ortsverein Schwelm verband die Feier des Johannistages mit den 25jährigen Verbandsjubiläen der Kollegen Hehlen, Köster und Krupp. Aus diesem Anlaß sind deren Porträts in einer Gruppe auf dem Programme angebracht. Der in Rotbraun auf grünlichem Kunstdruckpapier gedruckte Text (Schmiedenschrift) hätte moderner gruppiert (vielleicht sechs bis acht fortlaufende und kräftige Hauptzeilen) besser ausgefallen. Das grelle Rot der Innenseiten müßte aber unbedingt mit Braun gebrochen werden (M. Scherz, Schwelm).

Vom Ortsvereine Solingen liegen ein Programm in Hestform und zwei Eintrittskarten vor. Der Umschlag des Programms — geklopptes Papier mit braunem Texte und gelbem Tone — hätte anfichtlicher gewirkt, wenn Hauptzeile und Bignette höher geführt worden wären. Für das Kopfpapier der Innenseiten mußte weißes oder gelbliches Papier gewählt werden. Die Eintrittskarte von Walter Stöpschhoff ist in bezug auf Saparrangement und Farbgebung derjenigen von Rich. Thegarten bedeutend überlegen.

Das zum 25. Stiftungsfeste des Gesangsvereins Typographia, verbunden mit Johannistage des Bezirksvereins Straßburg i. Elß, herausgegebene dreiteilige Programm auf Eisenblech ist in der Straßburger Volksdruckerei hergestellt. Die Anwendung der Silvanoornamente und des Textes ist als gut zu bezeichnen. Die Wirkung wäre jedoch erhöht worden, wenn der schielende Gutenberg weggelassen und die Farben weniger grell gestimmt worden wären.

Für die Mitgliedschaft Stuttgart hat die Fachschule für das Buchdruckerhandwerk in Stuttgart die Ausführung der Festdrucksachen übernommen, wobei ganz vorzügliche Resultate erzielt worden sind. Zunächst das Einladungs-

zirkular: in Behrenschrift und -schmuck auf weißem, buntelrotem Umschlagkarton gedruckt und mit silberbronziertem Buchdruckeradler und Leisten verziert. Beide Arbeiten zeigen recht deutlich die gute Verwendung des Behrensmaterials, mit welchem man auch mit wenigen Farben die schönsten Drucksachen herstellen kann. Die Kartenart in Buchform (Westfaltenformat) ist ganz originell mit auf die Länge bezüglichen Versen ausgestattet. Als wahres Kunstwerkchen präsentiert sich aber das Programm mit einer Umschlagzeichnung vom Kunstmalers F. Konfort. In einem weißen Handgehänge mit grünen herabfallenden Guitranden ist ein goldumrahmter Gutenbergschnitt auf weißen Ton aufgedruckt angeordnet. Der wenige, schön gruppierte Text ist in Zinnober gedruckt. Die Farben sind außerordentlich fein nuanciert, so daß sie auf dem rot- und grünmelierten Umschlagpapiere einen würdigen, dem Feste entsprechenden Eindruck hervorruft. Dasselbe läßt sich auch von der Innenausstattung sagen. Der Text dunkelbraun mit leichter grüner Umrandung auf gelblichem rauhen Papier ist in Mainzer Fraktur, die übrigens auch für den Umschlag angewendet ist, unter Berücksichtigung von peinlich genau eingehaltener Raumverteilung, auf acht Seiten untergebracht. Zu bemängeln ist der kompreßte Satz bei den Liebertexten, welcher für ältere Leute Augenfutter ist; zum andern aber läßt man sich doch vorzüglich gelungene Arbeiten, um den Eindruck noch zu erhöhen, mit Faden heften. Die Mitgliedschaft Stuttgart kann stolz sein, mit so ausgezeichneten Drucksachen aufwarten zu können. Der Leitungs der verhältnismäßig noch jungen Fachschule unsere Hochachtung.

Vom Bezirke Trier liegen zwei Drucksachen, beide in der Kunstanstalt von Schaar & Dathe verfertigt, vor. Bei der in Satinfarbe gedruckten Einladungskarte sieht die herausgedrehte Spitze des Textes nicht besonders schön aus. Der Programmumschlag ist mit einer ganz vorzüglich wirkenden Zeichnung in Schwarzgrün mit fein nuanciertem Olivton geschmückt. Der hellbraune Text ist im Verhältnis zu der Zeichnung aber zu steifmützlich bedacht, auch ist das Format etwas zu lang geraten. Das Arrangement der Innenseiten ist gut, jedoch hätte die Mischung von Fraktur und Antiqua vermieden werden müssen.

Die Mitgliedschaft Uelzen sandte eine einfache Karte, bei G. Beder gedruckt, ein. Der Text derselben kommt recht wenig zur Geltung, da die rotunterlegten Libellenlinien und Ornamente zu stark hervortreten.

Bei den vom Bezirksvereine Baldenburg eingekandten Drucksachen haben sich allem Anscheine nach die Verfertiger viel Mühe gegeben, doch ist ihnen das Vorhaben nicht ganz gelungen. Die Festkarte ist noch als beste Arbeit zu bezeichnen, obwohl auch hier noch einiges zu bemängeln wäre. Vor allem müßte die Hauptzeile markiger hervortreten. Das bei Domes Erben gedruckte Tafelbild erinnert mit seiner Bignette (eine farbnahte Gitarrenspielerein) an die Weinfarte einer italienischen Osteria. Die Stempelsche Künstlereinfassung geht oben aus wie das Hornberger Schießen, zum Ueberflusse ist auch noch das Buchdruckerwappen angebracht. Die vier Farben sind unrein gedruckt. Das andre, von den Kollegen der Firma F. W. Schröder in Freiburg gewidmete, in sechs Farben gedruckte Tafelbild ist auch keine besondere Leistung. Die Farben sind viel zu wässrig und der Text vom Ornamente beengt und nach unten gedrückt. Bei der zweiten Seite konnten die Farben Grün, Blau und Rot nicht greller sein, als sie es sind.

Das gut durchdachte Programm des Ortsvereins Weimar ist in Hellbraun, Oliv und Hellblau auf Naturkarton in der Hofbuchdruckerei Weimar sauber gedruckt. Die feinen herabfallenden Linien mußten halbfertig gewählt werden, damit sie mit der Umrahmung wirken konnten. Das Hellblau unter dem Text gelegte Buchdruckerwappen hätte fortbleiben können.

Die Sektion Wintertthur des Schweizerischen Typographenbundes sandte ein einfaches Programm auf rotmelierter Umschlagpapier in Weiß, Grau und Rot gedruckt. Das Arrangement des Textes und der Umrahmung ist gut, die Farbgebung ebenfalls, bis auf die des Textes, für welche ein gebrochenes Braun gewählt werden mußte. Druck: Walther & Gremminger.

Einen recht faden Eindruck machen die zwei vom Ortsvereine Zeitz eingekandten Drucksachen. Die Einladungskarte, in roter und in hellbrauner Linienneinfassung und schwarzblauem Texte bei Reinhold Jubelt gedruckt, sieht gerissen und unruhig aus. Das Buchdruckerwappen ist überflüssig. Das Programm in Gold, Hellblau, Rot und Schwarz ist aus der Druckerei Franz Mersburger hervorgegangen. Die in Gold gedruckte Einfassung wirkt soweit ganz gut, nur stimmen die anderen Farben nicht dazu. Die lichte Groteske ist viel zu schwach für eine so große Drucksache, es fehlen ein paar durchschlagende Hauptzeilen. Auch ist die Raumverteilung schlecht; der obere Teil mit dem in Blau unterlegten Buchdruckeradler ist zu groß geraten.

Das Programm des Ortsvereins Zossen präsentiert sich in origineller Aufmachung. Auf graumeliertem Umschlagpapiere sind Behrenschrift und -schmuck auf teilweise unterlegten grauen Ton dunkelblau aufgedruckt. Der Buchdruckeradler ist unsauber gedruckt; der Titel zum Programme hätte sich, wenn oben plaziert, besser ausgenommen (Buch- und Kunstdruckerei Zossen).

Wenn wir am Schluß unserer Besprechung das Gesamtergebnis betrachten, so ist es nicht schwer, die Spreu von dem Weizen zu sondern. Der kleine Teil der wirk-

Ich guten Arbeiten, auffällig durch den Reiz ihrer Farben und durch geschicktes Arrangement der Schriften und Ornamente, wird erdrückt von der großen Menge minderwertiger. Sollte darauf eingewendet werden, daß man sich in der Wahl des Materials beschränken mußte, so können wir dieses aus dem Grunde nicht gelten lassen, weil Johannisfestdrucksachen vorliegen, welche in ihrer raffinierten Einfachheit geradezu klassisch wirken. Allerdings wäre so mancher sonderbare Geschmack zu berücksichtigen gewesen, jedoch: „Wat dem einen sien Uhl, is em annern sien Nachtgall.“ Wir wollen deshalb die Hauptpunkte, die wir zu bemängeln hatten, kurz zusammenfassen und empfehlen diese zur Rückanwendung für das nächste Jahr:

Vor Kunstbrustpapierern oder Karton ist Witten, imitiert Blüten oder nicht zu glattem Naturpapiere der Vorzug zu geben.

Sind reingetönte Papiere gewählt worden, verwende man stets gebrochene Farben.

Uebermäßige Farbengabe ist zu vermeiden. Wo nicht Sachverhältnisse zur Hand sind, wähle man nicht mehr als drei Farben.

Ferner vermeide man alles Unterdrucken des Textes mit Bignetten, Ornamenten, Bildern usw.

Man sei besorgt, alle Drucksachen mit nur einem Schriftcharakter herzustellen und lasse die Hauptsache markig hervortreten.

Der Titel des Vereins (Ortsvereins usw.) ist größer zu setzen als „Verband der Deutschen Buchdrucker.“

Korrespondenzen.

Berlin. Zu den Versammlungsberichte des Stuttgarter Maschinenervereins hätten wir zu erwidern, daß wir uns — auch in unseren „Mittelungen“ an die süddeutschen Vereine — mit der Tatsache beschäftigten, daß der Maschinenerverein für den Gau Württemberg ein selbständiges Organ, und nach allem, was über das Projekt in die Öffentlichkeit kam, nicht rein technischer Art zu gründen beabsichtigte. Wir waren allerdings so „naiv“ und nahmen an, daß das Fragezeichen der „Corr.“-Redaktion „seine Wirkung nicht verfehle“. Von dieser Naivität wurden wir jedoch geheilt, als uns aus Süddeutschland die Nachricht wurde, ein an die interessierten Vereine versandtes Zirkular besage unter anderem: Durch dieses Organ solle ein Band um alle Maschinenerkollegen Süddeutschlands geschlossen werden, daß „so zusammengeschlossen, die süddeutschen Maschinenwerker eine Masse bilden, deren Stimme gehört würde“. Derartige Empfehlungen lassen doch nicht auf ein technisches Organ schließen, wie uns auch heute noch unklar ist, wo sich diese Masse durch ein technisches Organ Gehör verschaffen will. Nicht nur die Zentralkommission, sondern auch süddeutsche und nicht zuletzt Stuttgarter Kollegen sind der Ansicht, daß dieser Beschluß eine Antinomie gegen den Norden dokumentiere, denn was bedeutet es anders als eine Antinomie gegen den Norden, wenn alle in Deutschland existierenden Maschinenervereine, mit Ausnahme Augsburgs und Stuttgarts, die „Technischen Mittelungen“, die der Brandenburgische Maschinenerverein ohne jeden Neben Nutzen herausgibt, mit Freuden begrüßen und — teilweise sogar obligatorisch — beziehen, wenn selbst die Straßburger Kollegen denselben ihre Aufmerksamkeit schenken und mehrere Exemplare beziehen, und nun will der württembergische Verein, der aus eigenem Vermögen — in puncto Finanzen sowohl als auch Mitarbeiterschaft, wie er selbst zugibt, nicht einmal dazu in der Lage ist — ein neues Organ gründen, das doch in technischer Hinsicht auch nicht mehr zu leisten vermag als das bereits bestehende, wie auch der Bedürfnisnachweis nirgends geführt ist. Zur Orientierung der Vereine erklären wir, daß sich unser Protest zunächst gegen ein selbständiges, nicht rein technisches Organ richtet. Wegen ein technisches Organ können wir uns nicht wenden, möchten aber alle Vereine, die seither die „Technischen Mittelungen“ bezogen haben, bitten, denselben auch fernerhin treu zu bleiben, mitzuarbeiten an diesen, damit sie ausgebaut werden können und immer mehr dem Bedürfnisse der Mitglieder gerecht werden und deren Zufriedenheit erwerben.

Zentralkommission der Maschinenwerker Deutschlands.
i. A.: Ad. Duid.

Darmstadt. In der Versammlung vom 9. September wurden elf Neuaufnahmen vollzogen. Zu „Tarifliches“ teilte der Vorsitzende mit, daß weitere Schritte gegen die Firma Bender unternommen werden müßten, da dieselbe sich weigere, ihren tariflichen Verpflichtungen nachzukommen. Sodann wurde die „Mitteltatvorlage“ von den hieherigen Darmstädtern wiederholt abgelehnt mit dem Zusatz, daß dieselbe überhaupt nicht eingeführt werden solle. Ein dreiblättiges Kleeblatt nur stünnte für diese Blüte aller „Vorlagen“. Der Kartelldelegierte erstattete Bericht, welcher hauptsächlich den Bau eines Gewerkschaftshauses hier behandelte. Trotzdem allseitige Sympathie für einen solchen Plan hier herrscht, wurde aber, um nicht übereilt zu handeln, beschlossen, in aller nächster Zeit eine Versammlung abzuhalten, in der speziell dieser wichtige Punkt zur Verhandlung und Beschlußfassung steht. Nach Erledigung einiger Interna wurde die von 57 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Jena. Bitte zu berichtigen, daß meine Äußerungen in dem Versammlungsberichte (Bezirk Weimar, Nr. 109) zutreffender wiedergegeben sein würden, wenn es hieße, in ihrem Sinne statt in „revisionistischem“ Sinne mitzu-

wirken. Revisionismus hin, Revisionismus her; ich bin in der Hauptsache gegen die politische Interesselosigkeit und gewerkschaftliche Einseitigkeit zu Felde gezogen.

Adolf Wolf.

H. Königsberg i. Pr. Die am 11. September abgehaltene Versammlung des hiesigen Ortsvereins war verhältnismäßig gut besucht, denn es waren über 100 Mitglieder anwesend. Unter „Vereinsmitteilungen“ erwähnte der Vorsitzende die vom 22. bis 24. Oktober d. J. hier stattfindenden Gewerbegerichtswahlen und ermahnte die Kollegen, vollzählig ihr Wahlrecht auszuüben. Bei den diesjährigen Wahlen komme zum erstenmale das System der Verhältniswahl zur Anwendung und aus diesem Anlasse werden sich auch die Kirch-Wunderschen und die Christlichen an der Wahl beteiligen. Bisher hatten sich dieselben der Wahl enthalten und daher wurde, trotz sehr mäßiger Wahlbeteiligung, die Liste der freien Gewerkschaften glatt gewählt. Nun aber mit Einführung der Verhältniswahl auch die Gegner auf dem Plane erscheinen, sei es Pflicht der freien Gewerkschaften, vollzählig ihr Wahlrecht auszuüben. Der Vorsitzende erwähnte ferner seine in Gemeinschaft mit dem Gauassessor im August und Anfang September d. J. gemachten Reisen nach Jüterburg, Tilsit, Memel, Labiau, Guttstadt und Allenstein. Es sei wieder ein weiterer Fortschritt in der Ausbreitung des Tarifes zu verzeichnen, indem in letzter Zeit folgende Firmen den Tarif anerkannt haben: Sdenke Nachf. in Memel (Zuhaber Kurt Siebert), Capulinski Nachf. in Jüterburg, Kirck Nachf. (Zuhaber Wilkowsky) und Ostkar Schulz in Guttstadt mit der Filiale Heilsberg. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung über den Prozeß des Herrn Wilsch von Rheine gegen die Kollegen Kreisemann und Mittwoch. Der zweite Vorsitzende Kleinowski, der in dieser Angelegenheit auch als Zeuge vernommen wurde, berichtete ziemlich eingehend über den Prozeß und die Vorgeschichte des Falles v. Rheine. Nach hierauf erfolgter Debatte, in welcher Herr v. Rheine nur wenig Verteidigung fand, wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche die Aufrechterhaltung des Ausschusses fordert.

Richtigstellung.

Der Artikel in Nr. 99 des „Corr.“, welcher die Ueberschrift trägt: „Redakteur A. Weßmann in Karlsruhe“, und unterzeichnet ist: L. Rezhäuser, nötigt mich, einige, nach meiner Auffassung zu unrecht gezeichnete Schlusssolgerungen richtig zu stellen. Es ist irrig, wenn behauptet wird, ich hätte politische Gewerkschaften verlangt. Ich hatte geschrieben:

„Im Schlusssolger gab Herr Rezhäuser eine kurze Uebersicht über die Erfolge der Buchdrucker, die sie in bezug auf einheitliche Entlohnung, kurze Arbeitszeit, Gehaltsmehrentarife und Regelung der Lehrlingsfrage erreicht haben, die man neidlos anerkennen muß und die den Buchdruckern noch immer das größte Lob der anderen Gewerkschaften eingetragen haben. Daß der Verband der Buchdrucker durch seine Unterfürsorgeeinrichtungen vorbildlich geworden ist, daß er unter Aufwendung riesiger Summen seine Arbeitslosen über Wasser hält und dadurch viel Not und Elend unter den Organisationsangehörigen lindert, ist gleichfalls unbestritten.“

Gerade deshalb hätten wir in der Festschrift eine Darlegung des Verhältnisses der Buchdruckerbewegung zur allgemeinen Arbeiterbewegung in den letzten vier Jahrzehnten gewünscht. Gerade deshalb wäre es angebracht gewesen, auf die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Buchdrucker hinzuweisen, auf das Abkommen auf die Arbeiterpresse, kurzum auf alle die Dinge, die eine innigere und bessere Verbindung der Buchdrucker mit der übrigen Arbeiterschaft herstellen können.“

Ich bin nicht der Ansicht, daß diese Forderungen der Neutralität widersprechen, ebensowenig wie ich 1901 die Neutralität so aufgefaßt wissen wollte, daß diese in offener Gegnerenschaft zur Sozialdemokratie sich äußern sollte. Niemals habe ich in Karlsruhe, so unter der Hand“ glauben zu machen versucht, ich sei wegen Herrn Rezhäuser aus dem Verbands ausgetreten. Meine im „Holl. Volksbl.“ niedergelegte Äußerung beweist, daß ich eine solche Behauptung gar nicht aufstellen konnte. Hat mein Kollege Thiele in einer Naumburger Versammlung im Jahre 1901 meinen Austritt angekündigt, so darf ich wohl hier erklären, daß ich Thiele zu dieser Ankündigung keine Ermächtigung gegeben, sie war mir im Gegenteil persönlich sehr unangenehm. Uebrigens erfolgte die Thiele'sche Ankündigung Mitte Mai und anfangs Mai hatte ich den angezogenen Artikel an den „Corr.“ gesandt.

Konstatiert sei auch, daß ich nicht um des Schwanzes der Beiträge willen — diese können und dürfen in einer solchen wichtigen Frage keine Rolle spielen — aus dem Verbands ausgetreten bin. Ich war der Ansicht, daß die damalige Haltung des „Corr.“ der sozialdemokratischen Partei gegenüber es redaktionell, den Austritt zu vollziehen. Heute gefalte ich mir hinzuzufügen, daß ein sozialdemokratischer Redakteur als Verbandsmitglied ständig mit dem Ausschusse bedroht ist, wenn er es wagt, Vorkommnisse im Buchdruckerverbande zu kritisieren. Man mag diese Auffassung nicht teilen, gewisse Erscheinungen in der Zeitung lassen jedoch diese Befürchtung als nicht ganz ungedrehtfertig erscheinen.

Es ist ferner unrichtig, daß ich mich in Karlsruhe als Führer der „schärfsten Richtung“ geriert hätte. Ich habe

mich in Halle nicht unter die Rubriken „Revisionist“, „Radikaler“ einschneiden lassen, ich besolgte die gleiche Taktik in Karlsruhe. Es wäre auch, abgesehen von der Gestimmungslumperei, ein sehr fruchtiges Beginnen, sich in Norddeutschland revisionistisch, in Süddeutschland radikal zu geben. Das Gegenteil würde vielleicht eher den politischen Verhältnissen der fraglichen Landesteile entsprechen.

Auch mein Bekenntnis zum politischen Massenstreik wird nach dieser Richtung hin falsch gedeutet. Die große Wölkerkatastrophe in Russland, die Verbindung des Massenstreiks mit der politischen Propaganda, schließlich der Wahlrechtsraub in Hamburg und Lübeck haben mir wie tausend anderen deutschen Sozialdemokraten die Frage nahegelegt, ob wir uns am Ende nicht doch noch mit dem politischen Massenstreik zu befassen hätten. Ich würde diese meine veränderte Auffassung auch in Halle vertreten haben, wenn ich daselbst verblieben wäre.

Mein persönlich sei nur noch bemerkt, daß ich die Einwendungen gegen die Karlsruher Festschrift des Herrn Rezhäuser nicht deswegen gemacht habe, um eine „alte Rechnung“ zu begleichen. Ich wußte sehr genau, daß die Antwort des Herrn Rezhäuser an — Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen würde. Ich hielt mich nur verpflichtet, der Auffassung des Herrn Rezhäuser über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft — immer unter dem Gesichtspunkte der Neutralität der Letztern — die meine gegenüberzustellen. Wäre mein Artikel, von dem ich die Ueberschrift „Buchdrucker und Sozialdemokratie“ heute ohne weiteres präsiende, im „Corr.“ zum Abdruck gelangt, dann hätte man es vielleicht schwerlich verstanden, wie man seinen Inhalt mit den persönlichen Angriffen, wie geschähen, beantworten konnte.

Bezeichnet man mich schließlich als einen nicht selbstständig denkenden und handelnden Parteigenossen, so darf ich wohl sagen, daß Leute, die mich nicht kennen, darüber eine andere Auffassung haben! A. Weßmann.

Ich habe Herrn Weßmann seinerzeit im „Karlsruher Volksfreund“ ausführlich auf seinen „Festbericht“ und bei weiteren Polemik in Nr. 99 des „Corr.“ geantwortet. Noch einmal auf diesen Konflikt im „Corr.“ einzugehen, habe ich weder Zeit noch Lust. Die Behauptung des Herrn W., „daß ein sozialdemokratischer Redakteur als Verbandsmitglied ständig mit dem Ausschusse bedroht ist, wenn er es wagt, Vorkommnisse im Buchdruckerverbande zu kritisieren“, verlohnt sich angesichts der Tatsachen nicht zu widerlegen. L. Rezhäuser.

Kinderscha. n.

Ferien! Die Firma Robert Birchner in Apolda hat ihrem gesamten Personale eine Woche Ferien gewährt, an welcher Vergünstigung achtzehn Personen partizipieren.

Ein Kursus für Schriftsetzer und Buchdrucker wird von der Gewerbeschule zu Konstanz eingerichtet werden.

Durchgebrannt ist ein Faktor einer Rosenheimer Druckerei, nachdem er das Geld zum Auszahlen des Wochenlohnes in Empfang genommen hatte. In Bad Nibling wurde der so pflichtgetreue Druckereileiter aber bereits festgenommen.

Wegen die Abonnementversicherung erklärte sich die in Gangerhausen abgehaltene Versammlung des Kreis Mitteldeutschland des Zeitungverlegervereins und forderte die drei in Betracht kommenden Zeitungen auf, mit dieser Einrichtung ein Ende zu machen.

Die feinerzeit auch von uns behandelte Uebertretung des Postgesetzes durch den „Wiesbadener Generalanzeiger“ (Bestellung dieses Blattes durch ein Privatpersonensfuhrwerk nach Johannisberg) hat nun auch das Landgericht in Wiesbaden beschäftigt. Vom Schöffengericht war sowohl der Verleger wie der Fuhrmann freigesprochen worden, das Landgericht erkannte jedoch auf 184 Mk. Geldstrafe gegen den Fuhrwerksbesitzer und auf Freisprechung des Verlegers, weil dieser an der zwischen seinem Expreßboten und dem Fuhrwerksbesitzer getroffenen Vereinbarung der Blattbeförderung nach Johannisberg völlig unbeteiligt gewesen ist. Der Einwand des Fuhrwerksbesitzers, mit dem derselbe vor dem Schöffengericht durchgekommen war, daß nämlich ein Generalanzeiger kein politisches Blatt im Sinne des Postgesetzes sei, wurde vom Landgerichte zurückgewiesen, jedes derartige Blatt sei eine politische Zeitung.

Der Zeugniszwang ist schon wieder einmal zur Anwendung gekommen, und zwar diesmal gegen den verantwortlichen Redakteur Zielowski von der Frankfurter „Volksstimme“. Wegen Verweigerung des Zeugnisses in einem Verleumdungsprozesse zwischen Hanauer Stadtverordneten wurde derselbe vom Amtsgerichte in Hanau zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt und seine sofortige Inhaftierung vorgenommen. In fast der gesamten Presse wird das Vorgehen des Hanauer Amtsgerichtes entchieden beurteilt.

Der Bergarbeiterstreik in Barsinghausen am Deister, der leider mit einer Niederlage der Arbeiter endete, hat nun auch sein gerichtliches Nachspiel gehabt. Der hannoversche „Volkswille“ hatte sich dieser unmoralischen Bergarbeiter mit Wärme und Energie angenommen und dem Herrn Bergart Schläpfer, der in den Jahren seiner Wirksamkeit Ueberschüsse von anfangs jährlich 100 000 bis 800 000 Mk. erzielte und dieserhalb wohl ein Lob erwartete, einige Wahrheiten ins Gesicht geschleudert.

Fortschreibung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 111. — Sonnabend den 23. September 1905. —

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Das Gericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur zu 400 Mk. Geldstrafe, beantragt waren sechs Monate Gefängnis. Charakteristisch für das sozialpolitische Verständnis mancher Herren Juristen ist folgende Aeußerung des betreffenden Gerichtsvorsitzenden. Als ein Bergmann über die Höhe seines Verdienstes befragt wurde und antwortete, daß er vier Mark pro Tage verdiene, rief der Herr im Brusttone vollster Ueberzeugung aus: „Das ist ja ein kolossaler Lohn!“ Sofort nahm aber ein als Zeuge anwesender invalider Obersteiger die Gelegenheit wahr, diese Aeußerung ad absurdum zu führen.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß wurde der Reichstagsabgeordnete und Druckerbesitzer Kulerki in Graudenz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Artikel in der „Gazeta Grudziadzka“ bildete den Gegenstand der Anklage.

Wie erst jetzt bekannt wird, soll der preussische Landwirtschaftsminister beim Empfang einer Deputation der Berliner Gastwirte eine Einwirkung auf die Presse empfohlen haben, dieselbe solle „veranlaßt“ werden, die Fleischnot zu übergehen, dann wäre sie (die Fleischnot) auch nicht mehr für die Öffentlichkeit vorhanden. Ueber Pöbels Einfälle wundert man sich schon lange nicht mehr. Bemerkenswert an diesem echt Bobbieskischen Mittel zur Abhilfe ist nur das Eingeständnis der Macht der Presse; auch der wirtembergische Ministerpräsident hat ja seinem Herzen über das Geschrei der Presse Luft gemacht. Leider zeigt sich ein großer Teil unsrer Zeitungen dieser Macht so gar nicht bewußt, sondern überquillt sich in Liebedienereien vor den herrschenden Gewalten.

Die strittige Frage: Wann ist der Vorsteher eines Vereins zur Einreichung eines neuen Mitgliederverzeichnis an die Polizeibehörde verpflichtet? hat durch den (in Nr. 91 besprochenen) Fall des Fabrikarbeiterverbandes, der zur Einreichung des Gesamtmitgliederverzeichnis durch Kammergerichtsentscheid gezwungen wurde, wieder erhöhtes Interesse. Vor einiger Zeit hat das preussische Kammergericht sich mit dieser Frage in einer ähnlichen Angelegenheit wiederum befaßt. Der Vorsteher eines schon mehrere Jahre bestehenden, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckenden Vereins wurde eines Tages von der Polizeibehörde aufgefordert, binnen drei Tagen ein Verzeichnis der gegenwärtigen Mitglieder des Vereins einzureichen. Tugend welche Gründe zu diesem Vorgehen waren nicht angegeben. Der Vereinsvorsteher, welcher der Polizei gleich nach Gründung des Vereins ein genaues Mitgliederverzeichnis überreicht und ferner jeden Ein- und Austritt von Mitgliedern angezeigt hatte, glaubte nicht verpflichtet zu sein, dem Ersuchen der Polizeibehörde zu entsprechen. Infolgedessen wurde er gemäß §§ 2 und 13 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu Strafe verurteilt. Das Landgericht Kiel, das in zweiter Instanz über den Fall entschied, war der Ansicht, daß die Polizeibehörde berechtigt sei, jeberzeit Auskunft über Veränderungen unter den Mitgliedern des Vereins zu fordern; ob sie genügende Veranlassung dazu habe und in welcher Art und in welchem Umfang sie die Auskunft fordere, sei vollkommen ihrem Ermessen anheimgegeben. Der Beurteilte rief die Entscheidung des Kammergerichts an, und dieses hat dann die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Prüfung an den Vorberichter zurückgewiesen. Die Auffassung der Vorinstanz, so heißt es in den Gründen, ist rechtsirrtümlich. Nach § 2 des Vereinsgesetzes ist der Vereinsvorsteher zwar verpflichtet, der Polizeibehörde jede auf den Mitgliederbestand bezügliche Auskunft auf Erfordern zu erteilen, jedoch besteht das Recht der Polizei nicht ohne weiteres zu jeder beliebigen Zeit. Nur dann hat vielmehr die Polizeibehörde das Recht, ein neues Mitgliederverzeichnis einzufordern, wenn das erste Verzeichnis und die Nachträge dazu nicht mehr genügen, um die Mitglieder des Vereins genau festzustellen, und die Behörde nicht etwa durch anderweitige Ermittlungen, sondern einzig und allein durch das neue Verzeichnis den gegenwärtigen Mitgliederbestand erfahren kann.

Was Arbeitersolidarität zu erreichen vermag, hat die Gesellschaft Kopenhagener Hausbesitzer, ein Aktienunternehmen, dem auch der Prägeminister Alberti angehört, erfahren müssen. Dieses Konsortium erstand in einem entlegenen Stadtviertel 26 Häuser, die ausschließlich von Arbeitern bewohnt wurden. Im Jahre 1899 war die große Aussperrung in Dänemark, die erwähnte Gesellschaft ging rigoros gegen säumige Mietzahler vor, Ermittlungen waren an der Tagesordnung. Die Arbeiterschaft revanchierte sich dadurch, daß sie die Häuser der Gesellschaft Kopenhagener Hausbesitzer mied, die betreffende Strafe wurde bekannt unter der Bezeichnung „Strafe des Todes“. Die Gesellschaft hatte dadurch jährlich eine Einbuße von 100 000 Kronen. Kürzlich wurden diese Häuser veräußert, die Gesellschaft verlor eine halbe Million dabet. Der Gesamtverlust stellt sich mithin auf 1 250 000 Mk.

Wahre Orgien der Rückständigkeit wurden auf der zweiten Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereingung in Frankfurt a. M. gefeiert, einer wirtschaftlichen Unternehmergruppe, die mit dem Bunde der Landwirte einen widernatürlichen Pakt geschlossen und sich noch dadurch auszeichnet, daß sie keinen Heller in der Kasse, wohl aber 5000 Mk. Schulden aufzuweisen hat. Diese Leutchen hatten das Glück, daß zufällig einmal jemand vom Reichsamte des Innern und dem preussischen Handelsministerium abkömmlich war (was bei Arbeiterkongressen bekanntlich niemals der Fall ist wegen „des Dienstganges der Geschäfte“), der in seiner Begrüßungsrede u. a. den sehr richtigen Satz sprach: „Ein Staat, in dem es nur Arme und Reiche gibt, ist krank.“ Von den vielen Resolutionen und Beschlüssen seien nur die die Arbeiterkongressen interessierenden aufgeführt. So sollen die Konsumvereine befeuert, ihre Errichtung überhaupt von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden. Die Waren der Konsumvereine sollen zum Einkaufspreise verkauft, alle Kosten in den Konsumvereinen sachmännlich besetzt und die gesamten Unkosten im Umlageverfahren gedeckt werden. Für ihre eignen Genossenschaften fordern die Mittelständler aber Staatshilfe! Wenn die Sozialreform so weiter betrieben würde, werde der mittlere Handwerker und Gewerbestand zusammenbrechen. Graf Posaadowsty ist im Reichstage einmal diesen Jammerarien scharf entgegengetreten mit der Bemerkung, daß an den „Lafsen der sozialen Gesetzgebung“ noch kein Geschäftsmann zu Grunde gegangen sei, da wären andere Gründe maßgebender und nicht zuletzt der der geschäftlichen Unlichtigkeit. Der Berliner Obermeister Rahardt, ein Kampfbahn erster Sorte, betonte unter stürmlichem Beifalle der Josphorbrüder: Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter dürfe nicht zur Koalitionsfreiheit ausarten, und forderte eine bedeutende Verschärfung der Strafbestimmungen für Streikvergehen, um diejenigen Arbeiter besser zu schützen, die mit uns gern arbeiten möchten.“ Der Meister Rahardt hat dieses Werklein schon oft hergeseigt; er muß sich von dem Sekretäre des Arbeitsnachweises der Berliner Holzindustriellen, der in seinem Reviere gegen Ausländische nach russischer Polizeiarart vorging, noch andere Märchen aufbäumen lassen, damit die Mittelstandskretter von einem Schauer des Entsetzens gepackt werden. Dem Fortbildungsschulwesen stehen diese Leute wenig freundlich gegenüber, die Verlegung der Unterrichtszeit in die Tagesstunden ist nach ihrer Meinung eine Humanitätsbußsüßerei. Dies und noch mehr plauschten die Schildknappen des Bundes der Landwirte. Am Schnabelaufreißen hat es also gewiß nicht gefehlt, aber sie sind sonst recht schwach auf der Lunge. So ist jetzt der in Wänden erscheinenden „Allgemeinen Mittelstandszeitung“ bei dem täglichen Erscheinen die Buße ausgegangen, es langt nur noch zu einer Wochenaußgabe. Hoffnungsvolle Zeichen sind das gewiß nicht.

Die Düsseldorfier Stadtvorordnetenversammlung hat ebenfalls einem aus ihrer Mitte gestellten Antrage, bei der Staatsregierung die Aufhebung der Grenzsperr für Schlachtvieh zu beantragen; stattgegeben. Wie groß in Düsseldorf die Fleischnot ist, geht aus einer behördlichseits veröffentlichten Statistik zur Genüge hervor. Danach haben die Schlachtungen von Schweinen in der Zeit von April bis August 1905 um 5559 Stück gegenüber demselben Zeitraume von 1904 abgenommen, dagegen die Schlachtungen von Pferden um 115 Stück zugenommen. 24 Fleischmeister haben in den letzten fünf Monaten ihren Betrieb eingestellt.

Der in Dresden abgehaltene dritte deutsche Abstinententag war die erste selbständige Veranstaltung des Allgemeinen deutschen Verbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus, die ersten beiden Tagungen fanden im Anschlusse an Großtagungen des Guttemplerordens statt. Mit diesem Dresdener Abstinententage war eine Ausstellung der alkoholfreien Industrie verbunden (auch zum Jenaer Parteitage ist eine Antialkoholenausstellung veranstaltet gewesen); es wird gesagt, daß gegenwärtig schon 200 verschiedene Arten alkoholfreier Getränke existieren. Gewiß ein Trost für diejenigen, welche umschmeikeln wollen! Der Alkoholeufel führt, wie der Hamburger Landrichter Popert ausführte, jährlich 180 000 Deutsche vor den Strafrichter. Das Bier sei als Erzeuger von Straftaten noch gefährlicher als der Schnaps, der Wein aber noch schlimmer als Bier, dies zeigt sich auch an folgenden Beispielen: Im ganzen Deutschen Reiche kommen im Jahresdurchschnitt auf 100 000 strafmündige Personen 163 schwere Körperverletzungen, in Münden, der Weltbürgerstadt, aber 536 und in Birmaens, wo der Pfalzwein aus erster Hand zu haben ist, 604 solcher Delikte. Nach einer anderen Statistik werden im Reiche begangen: Von den Körperverletzungen 81,7, von den Widerständen gegen Polizeiorgane 89, den Hausfriedensbrüchen 73,3, von Aufruhr und Landfriedensbruch 66,6, von Mord und Totschlag 58,6 bzw. Das sind ganz bebenklidige Ziffern. Was aber vom Landrichter Popert als Gegenmaßregeln gegen die Trunksucht vorgeschlagen wurde, nämlich die kriminelle Abschreckungsmethode, kann keine Zustimmung

finden und hat diese auch nicht in Dresden gefunden. Dr. Popert will den widerlichen Umstand der Trunkenheit beseitigt wissen. Er will den, der in der Trunkenheit sich ein Vergehen zu schulden kommen läßt, wegen dieses Zustandes extra mit sechs Wochen Haft bestrafen; liegt ein Verbrechen vor, so soll nach verbüßter Strafe Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erfolgen. Demgegenüber betonte der Direktor der Irrenanstalt Ellen bei Bremen, nicht die Ueberführung in eine Strafanstalt, sondern in eine Irrenheilstätte bzw. Nervenklinik solle wegen Trunkenheitsdelikten erfolgen, der Staat solle solche Menschen eben zur Abstinenz verurteilen. Der Bund abstinenten Frauen ist dafür, daß der Mißverursacher der Trunkenheit möglichst wenig angewandt werde; in Fällen, wo es sich um Kopfsitten und Mißhandlungen gegen Kinder und Frauen handelt, überhaupt nicht. Daß der Staat den extremen Forderungen von Popert in dem gewünschten Maße entgegenkommt, kann billig bezweifelt werden, denn 350 Millionen Mark bringt ihm jährlich der Alkohol an Zöllen und Verbrauchssteuern ein. Da 3300 Millionen Mark jährlich in Deutschland „hinter die Fackelbünde“ fließen, kann man ermessen, welche wirtschaftliche Bedeutung die ganze Alkoholfrage hat. Beklagt wurde es, daß sich die Presse vielfach von der Alkoholfabrikindustrie gebrauchen lasse, scharf verurteilt (vom Landrichter Popert), daß in dem vergangenen Jahre der Wiener Arzt Fröhlich in Deutschland ausgewiesen sei. Der von demselben geplante Vortragszyklus in Arbeiterkreisen gegen den Alkoholismus hätte gewiß viel Gutes gestiftet. Beschlossen wurde schließlich, die Unterrichtsverwaltungen der deutschen Bundesregierungen zu ersuchen, beim Examen der Lehrkräfte eine gründliche Kenntnis der Alkoholfrage zu verlangen und diesbezügliche obligatorische Unterrichtspläne für alle Klassen festzulegen. Ferner soll, bis der Antialkoholunterricht in der Schule eingeführt ist, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde der Schule die Erlaubnis nachgefordert werden, daß die Direktoren gestatten, daß von abstinenten Seite vor Schluß jedes Halbjahres den Schülern ein Vortrag über die Gefahren des Alkoholgeusses gehalten werde. Einen interessanten Vortrag hielt noch der geheime Regierungsrat und bekannte Sozialreformer Dr. V. Böhmert über das Thema „Die Reform der Geseßlichkeit“, betonend, die Reform der Geseßlichkeit müsse sich darauf richten, die verderblichen Trinkschauungen zu zerstören. Eine neue, veredelte, verfeinerte Geseßlichkeit müsse sich aufbauen auf der Familienliebe und allgemeinen Menschenliebe und nicht auf den leiblichen Genüssen des Essens und Trinkens. Wanderungen in die freie Natur, öffentliche Volks- und Erholungsstätten ohne Verabreichung und Trinkzwang mit billigen alkoholfreien Getränken, Volksheime mit Lesez-, Vortrags- und Unterrichtszimmern, Entschönerung von „überflüssigen materiellen“ und Angehörigen an edle, geistige Genüsse bezogene der Redner als hervorragende Mittel zur Reform der Geseßlichkeit.

In der Tariffbewegung befinden sich ferner die Buchbinder in Karlsruhe und Königsberg. Wegen Lohnforderungen wurden die Maurer in Grimma ausständig. — In Kumbach freiten die Böttcher. — In der Solinger Stahlwarenindustrie ist augenscheinlich ein größerer Kampf im Anzuge, hervorgerufen durch Lohnfreitigkeiten in einer Fabrik. Von zwei Firmen sind die Arbeiter aus diesem Grunde bereits ausgesperrt worden. — Die Berliner elektrische Branche steht vor einer ähnlichen Erschütterung. Auch hier sind es partielle Ausstände, die von den großen Fabriken mit einer Aussperrung beantwortet werden sollen.

In Chicago ist Ende August ein Buchdruckerstreik ausgebrochen, weil einige der größten Druckereien zu dem Systeme der „Open shop“, der Offenhaltung ihrer Offizinen auch für Nichtorganisierte, zurückkehren wollen. — In Amsterdam ist mit einer allgemeinen Aussperrung der Bauarbeiter begonnen worden.

Geburten.

In Berlin am 14. August der Drucker Wilhelm Nabatus, 58 Jahre alt — Lungenleiden; am 26. August der Sezer Wilhelm Franz, 19 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am 29. August der Faktor Julius Schröder, 72 Jahre alt — Gefäßverfaltung; am 6. September der Sezer Artur Koch, 23 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am 12. September der Drucker Heinrich Claus, 32 Jahre alt — Lungen-schwindsucht; am 13. September der Sezer Adolf Stein, 56 Jahre alt — Schlaganfall.

In Dortmund am 19. September der Sezer Schwidert aus Münden, 35 Jahre alt — Herzkrankheit.

In Dresden am 15. September der Sezer Karl Manich aus Leipzig, 30 Jahre alt — Schlaganfall.

In Düsseldorf am 16. September der Sezer Franz Didmann von da, 26 Jahre alt.

In Kaulenberg am 3. August der Drucker Franz Flyes, 33 Jahre alt.

In Leipzig am 15. September der Sezer Johannes Schäfer aus Frankfurt a. M., 44 Jahre alt — Lungen-spißentatarrh.

